



Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

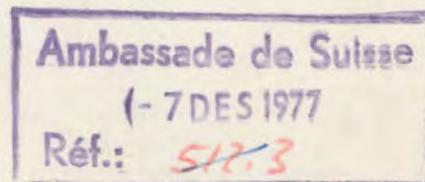
HANDELSABTEILUNG

Département fédéral de l'économie publique

DIVISION DU COMMERCEBl/rd - Norw. 821.AVA3003 BERN, den
BERNE, le

2. Dezember 1977

Schweizerische Botschaft

O s l o

541.0

Herr Botschafter,

Wir überlassen Ihnen in der Beilage eine Kopie der Notiz über die Gespräche, die Botschafter Sommaruga am 16. und 17. November mit Vertretern des Aussenministeriums sowie dem Ministerium für Handel und Schifffahrt geführt hat.

Wir möchten im weitern nicht verfehlen, Ihnen an dieser Stelle noch einmal für die wertvolle Unterstützung sowie die Gastfreundschaft zu danken, die Sie der schweizerischen Delegation gewährt haben.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Handelsabteilung

Beilage

N o t i z

Über die Gespräche von Botschafter Sommaruga in Oslo
vom 16. und 17. November 1977

Die zweitägigen Gespräche in Oslo fanden in einer sehr guten Atmosphäre statt. Von norwegischer Seite zeigte man sich sehr erfreut über die Anwesenheit einer Delegation aus der Schweiz, einem Land, mit dem sich bisher - da kaum wirtschaftliche Probleme bestehen, die nicht im Rahmen der EFTA geregelt werden können - selten Gelegenheit zu bilateralen Kontakten geboten hatte.

I. Gespräche im Aussenministerium (16.11.1977)

(Hauptsächliche Gesprächspartner: Generaldirektor Tore Bøgh (B) und Generaldirektor Tor Stokke, Handelsministerium (St); übrige Teilnehmer siehe beiliegende Delegationsliste).

A. Bilaterale Beziehungen Schweiz - Norwegen

1. Entwicklung des Handels zwischen den beiden Ländern

B weist auf den beträchtlichen und traditionellen Handelsbilanzüberschuss zu Gunsten der Schweiz hin; die Situation wird jedoch im Aussenministerium nicht als dramatisch betrachtet. St gibt sich weniger gelassen. Im Handelsministerium bedauert man, dass seitens der Schweiz fast ausschliesslich Fertigprodukte exportiert werden, während unser Land aus Norwegen praktisch "nur" Rohmaterialien und Halbfabrikate einführt. Norwegen vermochte seine Exporte in die EFTA-Länder (ohne Schweiz) seit 1960 um 800 % zu steigern, während für unser Land nur ein Zuwachs von 460 % zu verzeichnen ist.

SO kommentiert die Entwicklung des bilateralen Warenaustausches aus schweizerischer Sicht. Dabei lässt sich für Norwegen im Vergleich zu den übrigen EFTA-Ländern eine etwas günstigere Position feststellen. Dass der schweizerische Handel mit den EG-Staaten stärker zugenommen hat als mit den EFTA-Partnern ist weitgehend geographisch bedingt, grenzt unser Land doch an drei Mitglieder der Gemeinschaft. Die norwegischen Exporteure von Fertigprodukten sollten ihre Anstrengungen auf dem schweizerischen Markt intensivieren. Obwohl der Zugang frei ist, ist unser Markt nicht einfach zu bearbeiten, aber mit richtigem Marketing lässt sich einiges erreichen. (Hinweis auf die finnischen Erfolge); zudem ist die europäische und internationale Bedeutung unserer Messen und Ausstellungen nicht zu unterschätzen!

2. Oeffentliches Einkaufswesen in den beiden Ländern

SO weist auf die Unzufriedenheit hin, die in gewissen schweizerischen Industriekreisen (Turbinen-Hersteller) über die restriktive Praxis der norwegischen Regierung im öffentlichen Einkaufswesen herrscht.

In einer am 1.6.1977 der norwegischen EFTA-Delegation überreichten Note sind von schweizerischer Seite folgende drei Punkte kritisiert worden:

- die norwegische "standard rule", wonach der norwegische Lieferant bevorzugt werden soll, solange sein Preis nicht mehr als 10 % höher liegt;
- die für EFTA-Länder erforderliche, vorgängig einzuholende "administrative authorization", die als Ungleichbehandlung betrachtet wird;
- die den norwegischen Firmen gebotene Möglichkeit der nachträglichen Anpassung der Offertpreise, die geeignet ist, das Offert-System als solches in Frage zu stellen.

Die Schweiz erwartet eine baldige Antwort der norwegischen Regierung auf unsere Demarche. Sollte diese weiterhin ausbleiben, sähen wir uns gezwungen, die Angelegenheit in der EFTA aufzubringen.

Bezüglich der Verzögerung in der Beantwortung bekennt sich die norwegische Delegation "schuldig". Hinsichtlich der Substanz glaubt man sich jedoch auf sicherem Grund zu wissen. Eine (pragmatische) Begründung dafür, dass der Schweiz aus der norwegischen Praxis kaum Schaden erwächst, sieht man auf norwegischer Seite in der Zunahme der schweizerischen Exporte an hydro-elektrischen Anlagen; die schweizerischen Importe aus Norwegen sind dagegen rückläufig!

SO verzichtet seinerseits auf eine einlässliche juristische Argumentation, ist jedoch der Ansicht, dass die norwegische Praxis nicht in voller Uebereinstimmung mit den in der EFTA eingegangenen Verpflichtungen steht. Die rückläufigen norwegischen Exporte erklären sich aus dem Umstand, dass in der Schweiz praktisch keine Kraftwerke mehr gebaut werden. SO benützt im weitern die Gelegenheit, um den norwegischen Gesprächspartnern die schweizerische Regelung des öffentlichen Einkaufswesens zu erläutern (Verordnung des Bundesrates für den in seine Kompetenz fallenden Bereich; Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantone). SO schlägt schliesslich vor, dass nach Eingang der norwegischen Antwort in Genf bilaterale Expertenkontakte zur weitern Vertiefung der Angelegenheit aufgenommen werden, an denen sich neben Vertretern der EFTA-Delegationen auch Beamte aus den beiden Hauptstädten beteiligen sollten.

Die norwegische Delegation ist mit diesem Vorgehen einverstanden und rechnet bereits für Januar 1978 mit solchen Gesprächen (Follow-up: Dienst für Weltwirtschaftsfragen (Jag), IB, EFTA-Delegation in Genf).

3. Norwegische Importbeschränkungen für Käse

SO erläutert die Schwierigkeiten, die sich für die schweizerischen Käseexporte nach Norwegen ergeben. In einem aus dem Jahr 1962 stammenden Protokoll hat Norwegen unserem Land ein Einfuhrkontingent von SFr. 100'000.-- zugestanden. Da sich der durchschnittliche Exportpreis unserer Hartkäse seither beinahe verdoppelt hat, können unter dem Frankenkontingent bei voller Ausnützung heute mengenmässig nur noch 58 % dessen exportiert werden, was wir 1962 zu liefern vermochten.

Als weitere Einschränkung ist eine Bestimmung zu betrachten, wonach Hartkäse nur im Umfang von 20 % der Dessertkäse eingeführt werden darf. Schmelzkäse schliesslich ist nur zugelassen, wenn er mindestens 60 % Fett in der Trockenmasse aufweist. Unser Schmelzkäse weist im Normalfall aber nur 45 - 48 % Fett auf.

SO wünscht deshalb

- a) eine Verdoppelung der Frankenquote auf SFr. 200'000.--;
- b) die Abschaffung der Bestimmung, dass Hartkäse nur im Umfang von 20 % der Dessertkäse eingeführt werden darf;
- c) eine Herabsetzung des Fettgehalts für Schmelzkäse aus der Schweiz.

Die norwegische Delegation weist darauf hin, dass Norwegen keine Länderquoten für Käseeinfuhren mehr kennt. Vom Protokoll aus dem Jahr 1962 (von dem ihr eine Kopie übergeben wird) hat sie keine Kenntnis.

Vom Globalkontingent von heute 670 t Käse, der eingeführt werden kann, dürfen in der Tat lediglich 20 % Hartkäse sein, doch spielt es keine Rolle, welches Land diese 134 t liefert (d.h. die Schweiz könne ohne weiteres ausschliesslich Hartkäse exportieren).

Die Fettgehalt-Vorschrift beim Schmelzkäse ist der norwegischen Delegation nicht bekannt; das norwegische Landwirtschafts-

*minimale
700 t*

ministerium wird diese Angelegenheit eingehend prüfen und der schweizerischen Botschaft in Oslo eine diesbezügliche Antwort zugehen lassen. (Follow-up: Schweizerische Botschaft, Oslo, Länderdienst der Handelsabteilung).

4. Norwegische Importbeschränkungen für Flaschenbier

SO erläutert kurz den Fall der Brauerei Hürlimann, die anfangs der 70er Jahre versucht hatte, Bier nach Norwegen zu exportieren. Die norwegischen Behörden hatten dies mit den verschiedensten Vorschriften (= nichttarifarisches Handelshemmnisse) und langfristig mit Erfolg zu verhindern versucht. Hürlimann hat den Exportversuch eingestellt.

B verteidigt die norwegischen Vorschriften, denen umweltschützerische und ökonomische Überlegungen zugrunde liegen. Das staatliche Alkoholmonopol finde auf Bier keine Anwendung!

Obwohl die Frage nicht auf der Traktandenliste figuriert, erkundigt sich SO auf Wunsch von Botschafter Cramer nach Möglichkeiten für einen beschränkten Export von Schweizerwein nach Norwegen. Nach Ansicht von B bestehen in dieser Beziehung trotz Monopol an sich keine Schwierigkeiten, sofern es gelingt, die Monopolbehörde von der guten Qualität der Schweizerweine zu überzeugen. Ein Problem könnte sich allerdings aus der zu erwartenden mangelnden Konkurrenzfähigkeit als Folge der hohen Preise des schweizerischen Weins ergeben. (Follow-up: Länderdienst der Handelsabteilung zur Sensibilisierung der Weinexporteure; wie im Fall Schweden könnte man Vertreter des norwegischen Alkoholmonopols in die Schweiz einladen).

5. Schweizerische Importzuschläge auf Fischmehl

SO stellt das Problem in den grösseren Rahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik und namentlich unserer Einfuhrregelung für Futtermittel. Mit der Politik der Preiszuschläge ging und geht es unserem Land nicht darum, die traditionelle Einfuhr von Fischmehl zu drosseln, sondern vielmehr darum, eine unerwünschte Ausdehnung derselben zu verhindern. Norwegische Lieferungen im traditionellen Rahmen

sind auch weiterhin gewährleistet, sofern Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Lieferanten besteht.

St weist darauf hin, dass Norwegen nie Einwände gegen die schweizerische Importregulierung im Futtermittelbereich erhoben hat. Man widersetzt sich indessen norwegischerseits protektionistischen Massnahmen gegenüber Fischmehl. Sollte die Schweiz je wieder gezwungen sein, Zuschläge einzuführen, wünscht Norwegen rechtzeitige Konsultationen. B ergänzt dieses Votum mit dem Hinweis darauf, dass sich Norwegen seine Position in der EFTA im Fall der Wiedereinführung der Zuschläge vorbehalten müsste.

Seitens der norwegischen Delegation wird darauf hingewiesen, dass Dänemark im Zusammenhang mit dem von der Schweiz verlangten Salmonellen-Zertifikat bevorzugt behandelt wird, da die Dänen lediglich ein dänisches Zertifikat präsentieren müssten, während Norwegen gezwungen ist, "samples" einzureichen.

SO verspricht, die Ursachen dieser ungleichen Behandlung abklären zu lassen. (Follow-up: Auftrag an Lu, die norwegische Beanstandung zu prüfen, gegebenenfalls auf eine Beseitigung der Diskriminierung hinzuwirken und dem Aussenhandelsministerium über Botschaft in Oslo Antwort zugehen zu lassen).

6. Pharma: Preisprobleme bei pharmazeutischen Spezialitäten
(dieser Punkt figurierte nicht auf der Traktandenliste)

SO weist darauf hin, dass es nach Angaben der schweizerischen chemischen Industrie für die Festsetzung des Publikumspreises für pharmazeutische Spezialitäten einer Bewilligung der norwegischen Gesundheitsbehörde bedarf. Da diese wechselkursbedingte Mehraufwendungen als Argument für Preiserhöhungen nicht anerkennt, ergibt sich für die schweizerischen Pharmazeutika-Lieferanten eine Benachteiligung; ferner scheinen den einheimischen Produzenten Preiserhöhungen häufiger und in grösserem Umfang erlaubt zu werden. SO bittet die norwegische Delegation, das Problem, das von der schweizerischen Botschaft in einem kurzen Aide-mémoire dargelegt werden wird, zu prüfen und uns über unsere Botschaft vom Resultat der Abklärung Kenntnis

zu geben. Sollte tatsächlich eine Diskriminierung festgestellt werden, die sich nicht leicht beseitigen lässt, würde schweizerischerseits in einem späteren Zeitpunkt eine formelle Demarche unternommen. (Herr Lusser wird ersucht, die Angelegenheit im Auge zu behalten).

B. Wirtschaftliche Zusammenarbeit im europäischen Freihandelsraum

B berichtet einleitend über seinen kürzlichen Besuch in Madrid. Er war beeindruckt von der Komplexität der gegenwärtigen Beziehungen Spaniens zu Europa, die sich gleichzeitig in drei Bereichen in einem entscheidenden, verhandlungsintensiven Stadium befinden und personell kaum zu bewältigen sind:

- Beitrittsverhandlungen mit den EG
- Parallelabkommen mit den EFTA-Staaten
- Ausarbeitung eines neuen Rahmens für das "besondere Verhältnis" zu Portugal.

Die spanischen Gesprächspartner haben B gegenüber für die Verhandlungen mit den EG folgenden (optimistischen) Zeitplan erwähnt:

- Aufnahme der materiellen Verhandlungen 1979
- Abschluss der Verhandlungsphase 1981
- Beitritt 1982

B glaubt, dass angesichts der schwierigen Situation Spaniens seitens der EFTA-Länder etwas (Positives) getan werden sollte. Prinzipiell besteht seiner Ansicht nach unter den EFTA-Partnern Übereinstimmung über die grundsätzliche Zielsetzung der Verhandlungen mit Spanien; man scheint aber noch nicht überall begriffen zu haben, dass Spanien den EFTA-Staaten nicht weiter entgegenkommen kann als der Gemeinschaft.

Bilateral ist Norwegen vor allem an einer Lösung für die Fischereiprodukte mit Spanien interessiert. Norwegen wird diesbezüglich eine neue Liste vorlegen, die gegenüber früher gewährten Konzessionen sowohl Zusätze als auch Abstriche aufweisen wird.

SO teilt die Ansicht vom B, dass für die Verhandlungen mit Spanien bald positive Ergebnisse erzielt werden müssen. Aufgrund seiner Gespräche in Brüssel ist er bezüglich des von den Spaniern aufgestellten Zeitplanes für die EG-Beitrittsverhandlungen weniger optimistisch.

Als Folge interner Schwierigkeiten namentlich im Landwirtschaftssektor (Frankreich/Italien) kommt die Gemeinschaft in ihren Vorbereitungen nur langsam voran. Die Vertreter der EG-Kommission gehen davon aus, dass für die Ausarbeitung ihres Verhandlungsmandats der Ausgang der französischen Parlamentswahlen abgewartet werden und vor dem spanischen der griechische Beitritt geregelt werden muss, was den spanischen Zeitplan ebenfalls beeinträchtigen könnte.

Bezüglich der parallelen Verhandlungen zwischen den EFTA-Ländern und Spanien ist SO im Prinzip mit B einig. Man darf jedoch nicht übersehen, dass es verschiedene heikle Probleme zu bewältigen gibt: die Liste der "sensitive products" und den Landwirtschaftsbereich. Im Agrarbereich sieht sich die Schweiz aus verhandlungstaktischen Erwägungen zu einer gewissen Aenderung ihrer bisherigen Haltung gezwungen, d.h. für den Augenblick sind wir geneigt, die Formel von Art. 23 der EFTA-Konvention fallenzulassen. Die Spanier müssen ihre landwirtschaftlichen Konzessionen u.E. allen EFTA-Ländern gewähren. Die Schweiz betrachtet jedoch ihre Konzessionen als bilaterales Entgegenkommen, das nicht automatisch allen EFTA-Partnern eingeräumt wird, mindestens solange über die Art der Konzessionen unserer Partner nichts bekannt ist.

Die norwegische Delegation erklärt, mit der Liste der "sensitive products" keinerlei Probleme zu haben. Die die Norweger interessierenden Baumwollgewebe figurieren bereits auf der mit der EG vereinbarten Ausnahmeliste. Norwegischerseits teilt man die schweizerische Ansicht, dass sich Schweden mit seinen vielfältigen Ausnahmewünschen Zurückhaltung auferlegen sollte; Norwegen ist bereit, in diesem Sinn auf Schweden einzuwirken. SO gibt abschliessend zu verstehen, dass man in der Schweiz u.U. eine finnische und eine portugiesische Spezialliste akzeptieren könnte. Als Ziel sollte jedoch eine einheitliche EFTA-Liste anvisiert werden.

Europäisches Gewerkschaftsinstitut (ETUI)

SO weist darauf hin, dass die diesbezügliche schweizerische Haltung absolut klar ist: gemäss Beschluss des Bundesrates kommt eine direkte Finanzierung des ETUI durch die EFTA nicht in Frage. Dagegen könnte man eine Lösung mit ad hoc-Beiträgen an bestimmte Projekte des Instituts erwägen, sofern diese mit der allgemeinen EFTA-Philosophie in Einklang stünden. Die notwendige Budgetposition existiert schon lange und müsste lediglich etwas besser dotiert werden. Die norwegische Delegation nimmt von dieser Idee mit Interesse Kenntnis.

Tripartites Komitee EFTA/EG

Von norwegischer Seite wird bestätigt, dass die norwegische EFTA-Delegation anlässlich der Sitzung des Konsultativ-Komitees einen entsprechenden Vorstoss unternehmen wird. B erläutert die Ueberlegungen, die Norwegen ein solches Komitee sinnvoll erscheinen lassen: EG und EFTA stellen einen einheitlichen Wirtschafts- und Sozialraum dar, in dem sich die beiden Gruppierungen weitgehend mit den selben Problemen konfrontiert sehen. Deren Behandlung (und Lösung) in zwei

Gremien mit praktisch identischer Aufgabestellung erscheint deshalb als wenig sinnvoll. Man ist sich aber norwegischerseits gewisser Schwierigkeiten durchaus bewusst; sollte dieser Initiative in der Norwegen am nächsten stehenden Organisation kein Erfolg beschieden sein, wird man die Frage in einem andern Gremium (z.B. OECD) aufgreifen.

SO widerspricht der norwegischen Ansicht: schon bezüglich der Problemlage bestehen beträchtliche Unterschiede, was etwa die Schwierigkeiten beweisen, denen die Gemeinschaft bei der Erarbeitung einer einheitlichen Haltung intern begegnet; überdies fehlt die Basis für solche Verhandlungen, da die EFTA über kein entsprechendes Mandat verfügt. Ein an sich schon komplexer Verhandlungsgegenstand wird durch die Verlagerung auf die Ebene der 16 nur noch weiter kompliziert. Die diesbezüglichen Erfahrungen anlässlich der Sitzung des EFTA-Konsultativ-Komitees in Stockholm im Februar 1977 waren alles andere als ermutigend. Ferner wird damit auch noch ein institutionelles Problem geschaffen, da die Kommission und gewisse EG-Länder bekanntlich gegen jegliche Multilateralisierung der Beziehungen mit den EFTA-Staaten sind.

Punzierung

SO stellt eine schweizerische Initiative bei den Signatarstaaten der Wiener-Konvention von 1972 in Aussicht. Nachdem die EG-Direktive gescheitert ist, scheint der Zeitpunkt für eine Erweiterung der Mitgliederzahl der Wiener-Konvention günstig zu sein. Die schweizerische Delegation hat anlässlich der Sitzung der Gemischten Uhrenkommission in Brüssel die EWG-Partner bereits auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht. Auf die Frage, warum Norwegen diese Konvention noch nicht ratifiziert habe, weist die norwegische Delegation darauf hin, dass vorerst die interne Gesetzgebung angepasst werden müsse. Diese Aenderung sei in Vorbereitung, so dass ein Beitritt Norwegens zur Wiener Konvention möglicherweise 1978 erfolgen könne. Angesichts eines künftigen Schrittes der EFTA-Länder und Grossbritanniens gegenüber den Staaten der Gemeinschaft, ist die Ratifizierung Norwegens von grosser Bedeutung.

C. Europäische Wirtschaftskommission der UNO

SO weist auf die Rolle hin, die der (z.Zt. norwegische) Präsident der westlichen Gruppe (western caucus) in der ECE zu spielen hat und bittet die norwegische Delegation, ihrem Botschafter in Genf die nötige Hilfe zu gewähren. Als Folge der Tatsache, dass die EG-Länder ihre interne Position immer erst sehr spät und unter Ueberwindung beträchtlicher Hindernisse bereinigen und der gemeinschaftliche Nenner entsprechend tief liegt, bleibt für die Definition der Haltung der westlichen Gruppe nur wenig Zeit, was sie praktisch zwingt, die Position der Gemeinschaft zu übernehmen. Um dies zu verhindern, muss der Präsident der westlichen Gruppe dieser delikaten Aufgabe seine volle Aufmerksamkeit schenken, was mit einem beträchtlichen Zeitaufwand verbunden ist. Er verdient dafür die volle Unterstützung seitens seiner Regierung.

Die norwegische Delegation anerkennt die Bedeutung der Stellung des Präsidenten der westlichen Gruppe und wird sich überlegen, wie sie ihrem Vertreter an die Hand gehen kann.

SO unterstreicht sodann die Bedeutung der ECE im Zusammenhang mit der KSZE-Folgekonferenz. Bezüglich des sowjetischen Vorschlags einer pan-europäischen Energiekonferenz, die nach Ansicht der westeuropäischen Konferenzteilnehmer - wenn überhaupt - im ECE-Rahmen durchgeführt werden sollte, ist es wichtig, dass in Belgrad während der ohne Zweifel hektischen Schlussphase nicht eine separate Konferenz einberufen wird, sondern das Forum der ECE benutzt wird. Das entsprechende Vorgehen ist schon für das Umweltschutztreffen auf hohem Niveau festgelegt worden. Der Umweltschutz muss in jedem Fall Priorität haben.

II. Gespräch im Ministerium für Handel und Schifffahrt (17.11.1977)

(Gesprächspartner: Generaldirektor Tor Stokke (St); Abteilungs-
chef Sigurd Monnesland; Sektionschef Odvar Mosnesset).

Vor dieser Besprechung wurde So von Staatssekretär Skarstein zu einer Unterredung empfangen, welche zum grössten Teil der Reorganisation des norwegischen Aussenhandelsdepartements gewidmet war. Es wird in Norwegen von der Regierung in der Tat erwogen, die Wirtschaftsabteilung des Aussenministeriums dem Aussenhandelsministerium anzugliedern.

1. Textil

St gibt bekannt, dass er von der norwegischen GATT-Delegation erfahren hat, dass die Textil-Exportländer eine Sitzung betreffend Allfaser-Abkommen verlangt haben. Oslo ist darüber nicht sonderlich erfreut. SO fasst kurz die schweizerische Haltung zusammen. Unser Land will eine Konfrontation vermeiden und wird deshalb das Abkommen unterzeichnen. Bezüglich des schweizerischen Textil-Importsystems (statistische Kontrolle, Preisbescheinigung, Junktim mit den meisten Ostländern) sind falsche Vorstellungen zu beseitigen: die angeblich "geniale" schweizerische Lösung existiert nicht. St erläutert das norwegische Importquoten-System. Norwegen fürchtet nicht die Quantität der Importe, sondern deren Preise.

2. Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostländern

St kommentiert die Entwicklung des norwegischen Aussenhandels mit den Oststaaten und weist namentlich auf das Problem gewisser Zahlungsrückstände (3 - 4 Monate) Polens hin. Die norwegische ERG hatte allerdings bis jetzt noch keine Schäden zu decken. Besondere vertragliche Abmachungen zwischen der norwegischen und der polnischen Regierung (wie sie von polnischer Seite gegenüber der Schweiz erwähnt wurden) gibt es nach St nicht; anlässlich seines Besuchs in Oslo hat man Minister Olschewski lediglich einen Brief der norwegischen ERG mitgegeben. St erkundigt sich nach der schweizerischen Haltung beim Problem der Kompensations- und "Bartergeschäfte".

Die Schweiz ist im Prinzip gegen diese Geschäfte, doch kompliziert sich die Angelegenheit angesichts der Bereitschaft gewisser westeuropäischer Firmen (vorab in Frankreich, Italien und der BRD) solche Verträge abzuschliessen.

Durch unsere Welthandels- und Transitfirmen besteht zwar die Möglichkeit, Waren aus Kompensationsgeschäften namentlich auf den Märkten der Dritten Welt abzusetzen, (wobei das

Problem ihrer statistischen Erfassung nicht gelöst ist). Die Erfahrung zeigt aber, dass die Preise der vom Osten gekauften Produkte bei Kompensationsgeschäften höher sind, da allfällige Verluste, die aus der Uebernahme von östlichen Waren entstehen könnten, gedeckt werden müssen.

Norwegen, das keine Welthandelsfirmen hat, ist darauf angewiesen, dass die Ost-Exporte den Bedürfnissen der norwegischen Industrie entsprechen.

An den Messen und Ausstellungen in den Ostländern beteiligt sich Norwegen von Regierungsseite nicht. Für die norwegische Industrie, die hauptsächlich Mittel- und Kleinbetriebe umfasst, ist die Teilnahme in der Regel zu teuer. Man ist vom Nutzen dieser Veranstaltungen nicht überzeugt.

Die Delegationsleitung in den Gemischten Kommissionen liegt in der Regel bei den hohen Beamten; es gibt aber bilaterale Ausschüsse, die von Regierungsmitgliedern geleitet werden (z.B. Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit).

III. Gespräche im Finanzministerium

(Gesprächspartner: stellvertretender Planungsdirektor Utne)

Das Finanzministerium verfügt über eine gut dotierte Planungsstelle, die bereits seit 1948 (Marshall-Plan) Langzeit-Studien ausarbeitet, welche im Parlament diskutiert werden und der Regierung als Richtlinie bei der Erstellung der Vierjahresbudgets dienen. Die "guidelines" sind nützlich, doch ist sich Utne der beschränkten Möglichkeiten der Einflussnahme im marktwirtschaftlichen System bewusst.

Die derzeitige Inflationsrate von 10 % wird nicht als Problem betrachtet; das Schwergewicht liegt auf der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die zurzeit 0,7 % ausmacht. Beunruhigend sind

hier vor allem die ungleiche geographische Verteilung sowie die Tatsache, dass die Jugendlichen wesentlich stärker betroffen sind als andere Altersgruppen. Der Staat richtet deshalb Beiträge an Unternehmen aus, die Jugendliche einstellen.

Auf Währungsfragen angesprochen, gibt Utne zu verstehen, dass eine Abwertung, die wegen der Zugehörigkeit zur Schlange verunmöglicht wird, im Prinzip zu begrüßen wäre. Norwegens Zukunft in der Schlange wird wesentlich vom schwedischen Verhalten beeinflusst. Eine weitere, massive Abwertung der schwedischen Krone würde Norwegen zum Nachziehen und damit zum Austritt aus der Schlange zwingen. (In Kreisen der norwegischen Regierung glaubt man jedoch eher an einen Wiedereintritt Schwedens bis zum Frühjahr 1978). Eine norwegische Abwertung wäre nach Utne allerdings nur sinnvoll, wenn die "Unterstützungspolitik" der Regierung entsprechend geändert würde. (Utne erwähnte hier namentlich den Schiffsbau).

Obwohl Norwegen die Erdöl-Selbstversorgung erreicht hat, sieht die Zukunft nicht allzu rosig aus. Die Einnahmen aus dem Erdöl steigen zwar an, doch entspricht die Zunahme nicht den Erwartungen. Der Exportanteil des Oels an der Gesamtausfuhr beträgt 1977 ca. 12 - 13 %; 1978 dürfte er 20 % ausmachen.

Schliesslich gibt Utne zu, dass seitens der Regierung direkte Salär- und Lagerhaltungsbeihilfen an gewisse Betriebe in verschiedenen Regionen des Landes ausgerichtet wurden, und dass diese einen Einfluss auf die Exportpreise haben können. Allerdings sind bisher solche Beihilfen im allgemeinen nicht Industrien zugeflossen, die besonders exportorientiert sind (Ausnahme: Schiffbau).

List of the Norwegian participants at the talks with the Swiss
ambassador, Mr. Sommaruga. -

Ministry of Foreign Affairs, 16 November 1977

Director General Tore Bøgh, Ministry of Foreign Affairs
Head of Division Kjell-Martin Frederiksen, Ministry of Foreign
Affairs.

Counsellor Knut Harald Christensen, Ministry of Foreign Affairs
Counsellor Olav Bergthun, Ministry of Foreign Affairs.

Director General Tor Stokke, Ministry of Trade and Shipping
Ass. Director General Ivar Stugu, Ministry of Trade and Shipping
Head of Section Odvar Mosnesset, Ministry of Trade and Shipping.

Director of Agriculture John Ringen, Ministry of Agriculture.

Head of Division Rolf Thodesen, Ministry of Industry
Counsellor Arne Sørli, Ministry of Industry.

First Secretary M. Aaserød, Ministry of Fisheries.
